

Niemals Waffen gegen das Volk!

Die Nationale Volksarmee der DDR – ein Garant der friedlichen Revolution im Herbst 1989

von Horst Klein

Der 20. Jahrestag der friedlichen Revolution 1989/90¹ und des begonnenen Aufbruchs in die deutsche Einheit weckt nicht nur Erinnerungen an einen historischen Umbruch am Ende eines Jahrhunderts, das durch Weltkriege, nationalsozialistische Diktatur, Holocaust und auch von einem hoffnungsvollen Kampf für eine bessere Welt geprägt war. Mit dem Rückblick auf einen politisch wirklich stürmischen Herbst im Jahr 1989, der aufgrund seines friedlichen und demokratischen Charakters ohnegleichen in der Geschichte ist, drängt sich natürlich die Frage auf, welche Ursachen, Zusammenhänge und Triebkräfte in diesem historischen Geschehen wirkten. Auf die Frage bezogen schrieb die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bereits 2007 ein Forschungsprojekt aus, das geeignet sein soll, „*das gesamtdeutsche Bewusstsein für die epochale historische Bedeutung der friedlichen Revolution in der DDR und der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu stärken*“². Indessen ist zu erwarten, dass die Forschungsergebnisse ideologisch gebrochen den DDR-Sicherheitskräften und vor allem der NVA eine ihrem Wesen und ihren politischen Funktionen widersprechende Rolle anlasten werden. Dem dienten bereits im Sommer 2007 ein erneut aufgefun-

¹ Der hier bereits umgangssprachlich in die Geschichtsschreibung eingegangene Begriff der Revolution für die Charakterisierung der DDR-Endzeit 1989/90 ist problematisch; hier ist eine differenziertere Sicht angeraten. Zur Genesis des Revolutionsbegriffs gehören stets nicht nur die Sprengung der bisherigen sozialen Strukturen und Verhältnisse, sondern auch primär die Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung. Historisch gesehen trifft das mit dem vollzogenen Beitritt zur BRD 1990 und die so vollzogene Wiederherstellung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht zu. Hier geht es dem Autor allerdings nicht um den Revolutionsbegriff, sondern ausschließlich um den *demokratischen und friedlichen Charakter* des vom Volk besiegelten Zusammenbruchs des politischen Systems der DDR und um die vom Volk angestrebte Einheit Deutschlands.

² Informationsblatt der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Förderschwerpunkt. „Friedliche Revolution und deutsche Einheit“. Ausschreibung der Stiftung Aufarbeitung für die Förderjahre 2008-2010, 1 Bl.

dener Schießbefehl für Sonderkommandos der DDR-Staatssicherheit sowie der seit Jahrzehnten auch für politische und juristische Zwecke thematisierte „Schießbefehl“ für die Grenztruppen der DDR. Nun besteht aber das ideologische Desaster gerade darin, dass zu keinem Zeitpunkt der 40-jährigen DDR-Geschichte Sonderkommandos der Stasi – wie als Möglichkeit unterstellt wurde – auf Frauen und Kinder geschossen haben. Auch in der in jeder Hinsicht krisenhaften Situation im Herbst 1989, als eine heute von niemanden zu bestreitende Gefahr eines mörderischen Bürgerkrieges und auch einer militärischen Ost-West-Konfrontation bestand, blieb das Gewaltmonopol stabil in der Hand des Staates und die Sicherheitsorgane im demokratischen Willen des Volkes der DDR fest verankert. Niemand richtete Waffen gegen das Volk. Liest man heute die zahlreichen Selbstzeugnisse bzw. Biografien von Politikern und Militärs der ehemals beiden deutschen Staaten, dann kann man das Glücksgefühl der einstigen Gegner über das hier zu besprechende seltene historische Phänomen einer friedlichen Revolution nachvollziehen.³

Die Nationale Volksarmee der DDR hatte nur eine äußere Funktion

Mit dem über die Jahrzehnte politisch und moralisch verinnerlichten Selbstverständnis der DDR- Soldaten als „Nationale Volksarmee“ war eine *innere Funktion nicht gestattet*. Die Streitkräfte waren auf solch einen Einsatz, der bis 1962 noch gegen von außen unterstützte konterrevolutionäre Kräfte theoretisch für möglich gehalten wurde, überhaupt nicht vorbereitet. Im Unterschied zu anderen Armeen (Sowjetarmee) beinhaltete der Verfassungsauftrag – umgangssprachlich auch als Klassenauftrag bezeichnet – *ausschließlich eine äußere Funktion*. In der Verfassung der DDR bzw. im darauf beruhenden Verteidigungsgesetz war auch im Unterschied zu anderen Staaten (1981 Volksrepublik Polen) kein „Ausnahmestand“ bzw. „Staatsnotstand“ vorgesehen. Die DDR-Verfassung (Artikel 7.2) und das politisch-moralische Identitätsverständnis der NVA als Armee des Volkes verbot absolut jede Art von militärischem Einsatz im Inneren. In dieser Hinsicht war die auf allen Gebieten hochmoderne

³ Siehe: Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991; Rainer Eppelmann: Wendewege. Briefe an die Familie, Bonn/ Berlin 1992.

Armee in keiner Weise politisch und militärisch handlungsfähig. Dem entsprach auch die damalige DDR-Führung um Egon Krenz, die ein mehrmaliges Hilfsangebot des Oberbefehlshabers der Westgruppe der Sowjetarmee, Armeegeneral Snetkow, entschieden ablehnte. Sie – die politische und militärische Führung der DDR - waren sich dessen bewusst, dass ein militärisches Vorgehen einen Bürgerkrieg und eine Eskalation der Handlungen auf die Bundesrepublik zu einem III. Weltkrieg hätte führen können.

Das Wissen um die Gefahr einer militärischen Ost-West-Konfrontation sowie eines möglichen Kriegsverlaufs und dessen Folgen für die gesamte Menschheit schärfte natürlich auch das Verantwortungsbewusstsein der DDR-Führung bei der Wahrnehmung des Gewaltmonopols im Inneren. Auf diese innere Verknüpfung der Problemsituation macht Wolfgang Scheler⁴ aufmerksam. Er thematisiert nicht nur das Nichtvorhandensein einer inneren Funktion, sondern spricht zu Recht von einer Sinnkrise des Militärs, die zugleich eine geistige Vorbedingung für das Verhalten der NVA in der demokratischen Revolution gewesen sei. Die tiefere Ursache der Sinnkrise des Militärs habe „in der revolutionierenden Veränderung des Verhältnisses von Politik und militärischer Gewalt im Atomzeitalter“ gelegen. „Sie war eher systemneutral. Dem geistigen Bruch, den die politische Revolution auslöste, waren also schon Brüche im Selbstverständnis des Soldaten vorausgegangen (...) Die im Kalten Krieg geschaffenen Vernichtungsmittel hatten das Wesen des Krieges und das Wesen der Welt verändert. Etwas Unerhörtes war zu Bewusstsein gekommen: Der Mensch hatte die Fähigkeit erlangt, sich als Art auszulöschen, seinem Dasein, seiner Geschichte ein Ende zu machen. Krieg und Frieden waren gleichbedeutend geworden mit dem Sein oder Nichtsein der Menschenwelt. (...) Nun aber war Verteidigung im Krieg nicht mehr möglich, Verteidigung reduzierte sich auf Friedensbewahrung.“⁵ Scheler macht auch auf Erkenntnisprobleme

⁴ Wolfgang Scheler war von 1974-1990 Leiter des Lehrstuhls Philosophie an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden und ungeachtet aller politischen Schwierigkeiten mit seinem Wissenschaftlerteam um ein neues wehrpolitisches und ethisches Denken in den DDR-Streitkräften bemüht.

⁵ Wolfgang Scheler: Die Sinnkrise des Militärs. Eine geistige Vorbedingung für das Verhalten der NVA in der demokratischen Revolution, in: Andreas Prüfert (Hrsg.)

bei der allmählichen Entwicklung eines neuen Denkens aufmerksam. Er verweist auf Einsichten, die Politiker und Soldaten auf beiden sich gegenüberstehenden Seiten gewannen und die 1987 im östlichen Militärbündnis zu einer neuen Militärdoktrin führten. Allmählich sei es dann gelungen, die Wehrmotivation „nicht mehr aus einem möglichen Krieg, sondern aus dem notwendigen Frieden herzuleiten“.⁶ Das Wesen der neuen Friedenskonzeption habe nunmehr nicht in einem Abschreckungsfrieden, sondern in einem Verständigungsfrieden bestanden. Damit habe eine „Entfeindung des Systemgegensatzes“⁷ begonnen. Der *Geist einer Sicherheitspartnerschaft* sei angekommen. Letztlich kam es nicht nur im Rahmen von beiderseitigen vertrauensbildenden Kontrollaufgaben, sondern auch im März 1989 in Hamburg zu offiziellen Begegnungen von Soldaten der NVA und Bundeswehr.

Das, was Scheler als Sinnkrise des Militärs bezeichnet, hatte zweifellos auch Einfluss auf den politisch-moralischen Zustand und auf das verantwortungsbewusste Verhalten der NVA in der Herbstrevolution 1989 und im Weiteren auf den Weg in die deutsche Einheit. Unstrittig dürfte sein, dass sich der Bürgerprotest und die Massendemonstrationen auch auf das Denken der Soldaten auswirkten und sie diese nicht als eine konterrevolutionäre Bewegung, sondern als Forderung auf Gestaltung eines „besseren Sozialismus“ begriffen. Gerade deshalb sahen sich die Soldaten in der Pflicht, sich nicht widersinnig gegen das Volk und somit auch gegen sich selbst zu wenden, sondern durch hohe Disziplin und Geschlossenheit der Truppenteile und Einheiten in den Kasernen und Standorten den friedlichen Verlauf des demokratischen Aufbruchs zu sichern. Eine Hauptaufgabe bestand in der Sicherung der militärischen Einrichtungen, vor allem der Waffen und Technik vor unbesonnenem Zugriff.

Die Nationale Volksarmee im Kalten Krieg , Bonn 1995, S. 133-145, hier S. 133-134.

⁶ Ebenda, S. 136.

⁷ Ebenda, S. 139.

Zur Friedenssicherung und friedlichen Revolution gab es keine Alternative

In den Wochen um den 40. Jahrestag der DDR, der von der noch Partei- und Staatsführung mit einer mehr als auffallenden Wirklichkeitsferne begangen wurde, wandelte sich das Massenbewusstsein im Volk. Die rasante Entwicklung in diesen Wochen gab auch dem Neuen Denken in den Streitkräften spürbaren Aufwind. Ein ausschlaggebender Teil der Offiziere bzw. Führungskräfte war sich seiner Verantwortung für die friedliche Lösung der politischen Krise bewusst und handelten dem entsprechend im Interesse des Volkes. Den notwendig zu treffenden militärischen Entscheidungen gingen selbstverständlich – wie in einer solchen und zuvor nicht einkalkulierten Situation nicht auszuschließen war – schwer zu beantwortende Fragen und Konflikte im Selbstbewusstsein und in der Entschlussfassung der Entscheidungsträger voraus.

Die Entscheidung für einen friedlichen Verlauf der sich immer deutlicher abzeichnenden politischen Wende erfolgte bereits Tage vor dem am 18.10.1989 erzwungene Rücktritt Erich Honeckers von all seinen Partei- und Staatsfunktionen. Eine Gruppe um Egon Krenz, Sekretär für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee der SED, initiierte den Befehl 9/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in Leipzig vom 13.10.1989. Wie vorliegende Dokumente bestätigen, hatte Egon Krenz diesen Befehl gemeinsam mit dem Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Generaloberst Fritz Streletz, für die Unterschrift durch Honecker vorbereitet. Der Befehl beinhaltete vor allen Dingen das grundsätzliche Verbot des Einsatzes von Schusswaffen im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen. Im Konsens mit den für die innere Sicherheit verantwortlichen Generalen des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums des Inneren, dem Leiter der Abteilung Sicherheit des Zentralkomitees der SED, suchten Egon Krenz und Fritz Streletz gemeinsam Erich Honecker in dessen Arbeitszimmer auf und verlangten von ihm, den vorbereiteten Befehl zu unterschreiben. Mit dem unter offensichtlichem Druck unterschriebenen Befehl war sei-

tens der Regierung bzw. der DDR-Sicherheitskräfte ein friedlicher Verlauf der demokratischen Revolution gewährleistet.⁸

Auch nach dem Sturz Honeckers setzte sich Egon Krenz in seiner neuen Eigenschaft als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR bzw. Partei- und Staatschef entschieden für die friedliche und demokratische Durchsetzung einer neuen Politik ein. So veranlasste er sofort neue rechtliche Regelungen für die Ausreise von DDR-Bürgern, eine Amnestie von Personen, die wegen versuchter Ausreise zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Krenz informierte Gorbatschow über die entstandene Lage in der DDR und die getroffenen Entscheidungen, mit dem der Schusswaffengebrauch auch an der Grenze im Falle des Eindringens von Demonstranten verhindert werden sollte.⁹ Nach Abwägung der komplizierten Situation stimmte dieser dem Vorgehen zu, womit auch im Konsens mit der sowjetischen Führung die Option der Gewaltlosigkeit eine staatlich gesicherte Chance bekam.

Es gelang einen Bürgerkrieg und Krieg zu verhindern

Zum entscheidenden Punkt der Machtkrise und der Gefahr des Ausbruchs bewaffneter Gewalt wurde das von Egon Krenz initiierte und von der Regierung der DDR am 9. November 1989 beschlossene neue „Reisegesetz“. Das Gesetz entsprach dem Willen und den Forderungen der Volksmassen. Es war das Mitglied des SED-Politbüros Günter Schabowski, der nur Minuten nach der betreffenden Entscheidung am Abend des 9. November 1989 auf einer Pressekonferenz die sofortige Öffnung der Grenzen und die vom Ministerrat der DDR für den darauffolgenden Tag geltende „Reiseregulierung“ als sofort wirksam verkündete. Wenig später bewegten sich mehrere tausend Bürger auf die Berliner Grenze zu, um diese zu passieren und ihre Freude über die Grenzöffnung und Reisefreiheit demonstrativ zu bekunden. Zu diesem Zeitpunkt waren weder die Entscheidungsträger im Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR

⁸ Siehe: Faksimile des Befehls 9/89, Sig. 08 04 0841 Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation Fachinformationsstelle und siehe: Egon Krenz: Herbst 89, Berlin 1999, S. 374-379,

⁹ Siehe ebd.: Faksimile des Befehls 11/89

(die Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chefs der Teilstreitkräfte und der Chef des Kommandos der Grenztruppen der DDR) noch die Soldaten an den Grenzübergangsstellen über die neue Lage informiert. Außerdem war die Entscheidung zur Grenzöffnung noch gar nicht mit der sowjetischen Staatsführung und mit dem sowjetischen Generalstab abgestimmt. Fritz Strelitz resümierte Jahre später die entstandene Situation: „Diese unverantwortliche Handlungsweise eines führenden Politikers der DDR, egal welche Zielstellung ihr zugrunde lag, hat die DDR an den *Rand eines Bürgerkrieges* gebracht. Nur dem politisch bewussten und besonnenen Verhalten und Handeln der Angehörigen der Grenztruppen in Berlin und der strengen Einhaltung des Befehls 11 / 89 – kein Einsatz der Schusswaffe durch die bewaffneten Organe – ist es zu verdanken, dass es zu keiner Eskalation der Ereignisse mit schwerwiegenden, tragischen Vorkommnissen gekommen ist. Ein Schuss an der Grenze hätte eine Katastrophe, eine Kettenreaktion auslösen können.“¹⁰ Theodor Hoffmann spricht in seinen Erinnerungen von einem „überlegten oder unüberlegten Staatsstreich“¹¹

Mit dieser Sicht übereinstimmend schildert Egon Krenz die Situation in jenen Tagen: „Die gefährlichsten Daten für mögliche bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen waren der 4. sowie der 9. und 10. November. Am 1. November wurden wir aus Moskau, Warschau und vom MfS informiert, dass es übereinstimmende Erkenntnisse der Sicherheitsorgane darüber gebe, dass sich am 4. November eine große Gruppe von Demonstranten vom Alexanderplatz in Richtung Brandenburger Tor begeben will, um die Grenze nach Berlin (West) zu stürmen. Dem musste vorgebeugt werden. Die Sicherungsmaßnahmen wurden verstärkt. Gleichzeitig erließ der Vorsitzende des NVR den Befehl, dass selbst beim Eindringen von Demonstranten ins Grenzgebiet die Anwendung der Schußwaffe streng verboten ist.“ In Bezug auf Schabowskis Verhalten schreibt Krenz: „Hätte es nicht den oben erwähnten Befehl des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates vom 3. November 1989 und das besonnene Handeln

¹⁰ Fritz Strelitz: Die Öffnung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und zur BRD am 9.11.1989, unveröffentlichtes Manuskript.

¹¹ Theodor Hoffmann: Das letzte Kommando. Ein Minister erinnert sich, Berlin . Bonn . Herford, 1993, S. 27.

von Angehörigen der Grenztruppen an den Berliner Grenzübergängen gegeben, hätte diese Fehlleistung katastrophale Folgen haben können.“¹²

Generale der DDR erinnern sich

Inzwischen liegen auch Autobiografien von einst führenden Militärs der DDR vor, die sich in ihren Erinnerungen nicht nur mit dem Auftrag der NVA und der Grenztruppen der DDR, sondern auch sehr kritisch und sachlich übereinstimmend mit der brisanten Sicherheitslage im Herbst 1989 befassen und ihr Engagement für einen friedlichen Verlauf der politischen Wende überzeugend schildern. Werner Rothe, einst Chef der Politischen Verwaltung der Landstreitkräfte, schreibt: „Ende Juli/Anfang August erhielten wir erstmals Kenntnis von der Existenz des ‚Neuen Forum‘. Uns waren die Ziele dieser Bürgerrechtler nicht bekannt.“ Als uns eine schriftliche Konzeption vorlag, brachte ein „Studium über das Anliegen dieser Gruppierung (...) zumindest ein Nachdenken, weil es ja bekanntlich nicht um die Liquidierung der DDR ging, sondern um eine ‚bessere DDR‘. Warum sollte man nicht mit Menschen reden, die für eine bessere DDR Ideen und Vorschläge unterbreiten.“¹³ Im Ministerium, so Rothe, sei es im November zu Demonstrationen gekommen. „Es wurde die Forderung gestellt, dass die Mitglieder und Kandidaten des ZK, die der Nationalen Volksarmee angehören, zurücktreten und entlassen werden. (...) Im Kollegium kam es zu einer mehrstündigen heftigen Aussprache mit dem Minister, in deren Ergebnis er ersucht wurde, von seiner Funktion zurückzutreten.“¹⁴

Horst Stechbarth, in diesen Tagen noch Chef der Landstreitkräfte, schildert eine ähnliche Konfliktsituation. Am Vormittag des 10. November 1989 habe er vom Minister Heinz Keßler den Befehl erhalten, für die 1. Mot.-Schützen-Division und das Luftsturmregiment die erhöhte Gefechtsbereitschaft auszulösen, jedoch eingeschränkt auf LKW, SPW und Fußtruppen. Am darauffolgenden Tag wurde er

¹² Egon Krenz: Widerworte. Aus Briefen und Zeugnissen 1990 bis 2005, Berlin 2006, S. 73.

¹³ Werner Rothe: Jahre im Frieden. Eine DDR-Biographie, Berlin 1997, S. 218.

¹⁴ Ebenda, S. 223.

vom Minister hinterfragt, ob er zwei Mot.-Schützenregimenter nach Berlin führen könne. Dagegen habe er Bedenken vorgebracht und auf unvermeidliche Zusammenstöße mit Demonstranten verwiesen. Stunden später wurde die erhöhte Gefechtsbereitschaft für die genannten Truppenteile wieder aufgehoben. Das Problem - Westberliner Demonstranten hatten provozierend die Mauer besetzt und es bestand die Gefahr gewaltsamer Ausschreitungen – konnte gemeinsam mit dem Westberliner Polizeipräsidenten gelöst werden. Dabei ging es ausschließlich um die Verhinderung von Gewaltakten. Eine Option zur erneuten Schließung der Grenzübergangsstellen gab es zu keinem Zeitpunkt. Im Gegenteil: Bis Weihnachten / Silvester 1989 waren von den Grenztruppen auch 127 Grenzübergangsstellen zur BRD eingerichtet sowie Sperrgräben beseitigt. „Auch der damaligen politischen und militärischen Führung der DDR“, so Stechbarth, „von Erich Honecker über Egon Krenz bis zu Heinz Keßler und Fritz Streletz gebührt das Verdienst, immer solche Weisungen und Befehle erteilt zu haben, die den Einsatz von Armeeeinheiten gegen friedliche Demonstranten ausschlossen, die darüber hinaus jeglichen Schusswaffengebrauch im Inneren verboten, ausgenommen die unmittelbare Selbstverteidigung.“¹⁵ Ähnlich schildert Klaus-Dieter Baumgarten, damals Chef der Grenztruppen der DDR, die gefährliche Situation am Abend des 9. November: „Eine solche Situation war neu. Es gab keinen Befehl, wie darauf zu reagieren war. Tausende Grenzposten standen mit unterladenen Waffen in Berlin und an der Staatsgrenze West. Was würde geschehen, wenn sie angegriffen würden? Kein Blutvergießen, hämmerte es in meinem Kopf“. Über entsprechende Lagemeldungen gewann er die Gewissheit, dass die Grenzübergangsstellen ohne Befehl von oben eigenverantwortlich von den Kommandanten und ohne Zwischenfälle geöffnet worden waren. „Es fiel in jener Nacht kein Schuß, die Lage wurde gemeistert. Das sage ich“, so Baumgarten, „mit allen Respekt. Ich führe das auf den hohen Ausbildungsstand, die menschliche Reife und die charakterliche Stärke der eingesetzten Grenzer zurück. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Parole von den ‚schießwütigen Grenzern‘ falsch und verlogen war, so wurde er vom 9. auf den 10.

¹⁵ Horst Stechbarth: Soldat im Osten. Erinnerungen und Erlebnisse aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2006, S. 220

November 1989 erbracht. Schmerz und Scham befielen mich, als ich die Fernsehbilder sah. Wir hatten die Grenzer im Stich gelassen. Kein Befehl, keine Weisung, nichts, womit wir ihnen Halt oder Orientierung geboten hätten. Trotzdem war ich stolz auf meine Jungs. Sie hatten selbständig und überlegt gehandelt, besonnen, wie wir immer sagen. Nicht einer hatte durchgedreht und in völliger Verken- nung der Lage das Feuer eröffnet. Meine Jungs: Sie hatten bewiesen, dass sie unseren Grundsatz verinnerlicht hatten: Das Leben der Men- schen ist das höchste Gut, es ist zu achten. Die Waffe ist nie gegen das Volk zu wenden.“¹⁶ In diesem Zusammenhang bringt Baumgar- ten auch ein herausragendes historisches Moment jener Tage in die Erinnerung, eine wirkliche Begebenheit, die für den späteren *staats- ideologischen Umgang mit der Vereinigungsgeschichte* peinlich zu sein scheint. Er schreibt: „Am Wochenende kam Richard von Weiz- säcker, flankiert von Berlins Regierendem Bürgermeister Walter Momper, durch einen Mauerspalt am Potsdamer Platz auf unsere Grenzer zu. Der Bundespräsident befand sich etwa zehn bis 15 Me- tern auf DDR Territorium. Illegal sozusagen. Er schüttelte demonst- rativ einigen Genossen die Hände und dankte ihnen für besonnenes Handeln und gute Zusammenarbeit. Kameras und Mikrofone hielten diesen Vorgang fest, als er Blumen und freundliche Worte verteilte (...) Tausende Grenzer sahen das im Fernsehen und werteten den Handschlag als Ausdruck ehrlicher Wertschätzung ihres Dienstes.“¹⁷

NVA – ein Sonderfall in der deutschen Militärgeschichte

Mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik und die so am 3. Oktober 1990 vollzogene Einheit Deutschlands fand auch die 34- jährige Geschichte der Nationalen Volksarmee ihren Abschluss. In der deutschen Militärgeschichte ist sie - das lässt sich objektiv und fern aller ideologischen Wünsche sagen – ein Sonderfall. Erstens war sie eine deutsche Armee, die niemals einen Krieg führte. Ihr Verfas-

¹⁶ Klaus-Dieter Baumgarten: *Erinnerungen. Autobiographie des Chefs der Grenz- truppen der DDR*, Berlin 2008, S. 195-196; siehe: Theodor Hoffmann, a. a. O., S. 27-28.

¹⁷ Klaus-Dieter Baumgarten, a. a. O, S.200; siehe: Hans-Georg Löffler: *Soldat der NVA von Anfang bis Ende*, Berlin 2006, S. 262-280.

sungsauftrag war ausschließlich auf die Friedenssicherung bezogen. Zweitens hat sie niemals gegen den Willen anderer Völker auf fremden Territorien gehandelt. Auch im Zusammenhang mit dem „Prager Frühling 1968“ war die politische Führung der DDR gezwungen, auf die militärische Einbeziehung der NVA in Handlungen der Sowjetarmee und verbündeter Streitkräfte auf dem Territorium der Tschechoslowakei zu verzichten. Damit wurde dem Artikel 8 (2) der DDR-Verfassung entsprochen, der es verbot, die „Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einzusetzen“. Drittens hatte die NVA nur eine äußere und seit 1962 keine innere Funktion. Sie war politisch loyal und auch während der friedlichen Revolution 1989 nicht gegen das eigene Volk einsetzbar. Egon Bahr, der als politischer Berater des letzten Ministers der DDR für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann, tiefere Einblicke in den Zustand der NVA gewinnen konnte, schlussfolgerte: „Zur Geschichte der NVA gehört, dass sie lange vor der Wende, wozu damals noch Mut gehörte, der politischen Führung der DDR klar machte, dass sie sich nicht gegen das Volk einsetzen lassen würde.“¹⁸ Jörg Schönbohm, 1990 Kommandeur des Bundeswehr-Kommandos Ost, erinnert sich an eine Rede Rainer Eppelmans anlässlich einer Neuvereidigung von NVA-Soldaten, in der dieser den Offizieren der NVA dankte, dass sie 1989 chinesische Verhältnisse verhindert hätten. Eppelmann habe auch auf Parallelen zwischen dem 20. Juli 1944 und dem November 1989 verwiesen.¹⁹ Dieser hatte in seiner Rede das Verhältnis von Gehorsamspflicht und Widerstandsrecht thematisiert und zu geschichtlichen Lehren erklärt: „Auch wir wollten Menschenverachtung und Machtmissbrauch – endlich – widerstehen. Und das waren nicht nur einige Pfarrer, wie man vielleicht demnächst in den Schulbüchern lesen wird. Es waren auch viele Unbekannte, Christen und Nichtchristen, unter ihnen sogar einige Offiziere und Soldaten dieser Nationalen Volksarmee. Letztere haben sich bewußt oder unbewußt – also mit Verstand oder Gefühl – dieser Tradition des 20. Juli 1944 verpflichtet gefühlt.“²⁰ Im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der

¹⁸ Egon Bahr: Vorwort zu Hans-Joachim Gießmann. Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR, Baden-Baden 1992, S. 7-15, hier S.10.

¹⁹ Siehe: Jörg Schönbohm: Zwei Armeen und ein Vaterland, Berlin 1992, S. 28-29.

²⁰ Rainer Eppelmann: Wendewege, a. a. O., S. 120-121.

deutschen Einheit sind – wie Eppelmann zu Recht voraussah - im Umgang mit dem hier vorgestellten Thema sehr gegenteilige bzw. unterschiedliche Auffassungen zu erwarten. Ungeachtet dessen macht es einen Sinn, hier auch aus einem Offenen Brief Rainer Eppelmanns an Soldaten der NVA zu zitieren, der mit April 1990 datiert ist: „Den großen Umbruch, den das Volk der DDR vollzog, erlebten Sie wie die meisten Armeeangehörigen mit Gefühlen der Erleichterung und Sympathie, gewiß auch mit Betroffenheit, mit manchen Besorgnissen und inneren Konflikten. Ich glaube, es gehört zum Wertvollsten der Wende in der DDR, dass sie friedlich vollzogen wurde. Die Armee blieb inmitten des Volkes und an seiner Seite. Selbst in den kritischen Situationen des vergangenen Herbstes hat sie diesen Platz nicht verlassen, ist sie ihrem Namen ‚Volksarmee‘ treu geblieben.“²¹

Erstveröffentlichung: Information Nr. 22, Arbeitsgruppe Geschichte der NVA und Integration ehemaliger NVA-Angehöriger in Gesellschaft und Bundeswehr im Landesverband Ost des Deutschen Bundeswehrverbandes, Berlin 2009, S. 1-14

Der Autor im Weiteren: Die Nationale Volksarmee der DDR in der friedlichen Revolution im Herbst 1989, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 3/2009, S. 57-68; Die Nationale Volksarmee in der friedlichen Revolution 1989/90, in: Erinnerungskultur in Strausberg. Erfahrungen im Umgang mit Geschichte, Biografien, Straßennamen und Gedenkstätten, Strausberger Studien zur Geschichte ; 42, Strausberg 2009, S. 66-78 u. 271-277.

²¹ Rainer Eppelmann, zitiert aus Theodor Hoffmann, a. a. O., S. 211.

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

NATIONALER VERTEIDIGUNGSRAT

DER VORSITZENDE

Am 13. 10. waren

F. Streletz, W. Herger,

R. Mittig, Wagner + ich

zu 17 Uhr. Nachmittags waren

B E F E H L Nr. 9/89 *F. Streletz + ich bei*

E.H., um ihn zu

bewegen, diesen

des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates

der Deutschen Demokratischen Republik

Befehl zu
unterschreiben.

über

Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit
und Ordnung in LEIPZIG

vom 13. 10. 1989

Zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in LEIPZIG und zur
Verhinderung von Provokationen unterschiedlicher Art

B E F E H L E I C H :

1. Auf der Grundlage des Statuts der Einsatzleitungen der Deutschen
Demokratischen Republik haben

- die Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG und
- die Kreiseinsatzleitungen der Stadt LEIPZIG

mit sofortiger Wirkung

die Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten herzu-
stellen.

Oben auf dem Befehl Vermerk von Egon Krenz; „Am 13.10. waren F. Streletz, W. Herger, R. Mittig, Wagner + ich in Leipzig. Nachmittags waren F. Streletz + ich bei E.H., um ihn zu bewegen, diesen Befehl zu unterschreiben. Kr.“

(Fritz Streletz, Generaloberst und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Wolfgang Herger, Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK der SED, Rudi Mittig, Stellv. des Ministers für Staatssicherheit, Karl-Heinz Wagner, Stellv. des Ministers des Inneren. E.H. Kürzel von Erich Honecker. Kr. Kürzel von Egon Krenz.

2. Die Arbeitsorgane der Vorsitzenden und die Führungsorgane der Mitglieder dieser Einsatzleitungen sind ständig durch leitende Kader zu besetzen.

3. Hauptaufgaben der Bezirkseinsatzleitung sind:

- die ständige Analyse der politischen Lage und die Festlegung der erforderlichen politisch-ideologischen und politisch-operativen Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung auf dem Territorium der Stadt LEIPZIG,
- die Organisation einer zielgerichteten politisch-ideologischen Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und des offensiven Reagierens auf provokatorische Erscheinungen und Aktionen,
- die Aufrechterhaltung eines ununterbrochenen engen Zusammenwirkens zwischen dem Arbeitsorgan des Vorsitzenden und den Führungsorganen der Mitglieder der Bezirkseinsatzleitung,
- die Gewährleistung einer ständig operativen Informationstätigkeit von den Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke zur Bezirkseinsatzleitung,
- die Gewährleistung einer straffen Führung der Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke sowie
- die Kontrolle der festgelegten Maßnahmen.

4. Der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG hat in einem Befehl

- die Herstellung der Führungsbereitschaft der Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke anzuweisen,
- in Abhängigkeit von den spezifischen Bedingungen der Stadtbezirke den Kreiseinsatzleitungen entsprechende Aufgaben zu stellen und
- mit den Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen Halle, Magdeburg, Berlin, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Gera ein enges Zusammenwirken zu gewährleisten.

5. Der am 13. 10. 1989 gemeldete Entschluß des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung Leipzig wird bestätigt.
Es sind alle Maßnahmen vorzusehen, um geplante Demonstrationen im Entstehen zu verhindern.

Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel erfolgt nur bei Gewaltanwendung der Demonstranten gegenüber den eingesetzten Sicherheitskräften bzw. bei Gewaltanwendung gegenüber Objekten auf Befehl des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG.

- Der Einsatz der Schußwaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.

6. In Verantwortung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten erhalten Vertreter westlicher Medien bis auf weiteres keine Einreise bzw. keine Arbeitsgenehmigung nach bzw. in LEIPZIG.
7. Meldungen an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR:
- Sofortmeldungen über schwerwiegende besondere Vorkommnisse politisch-provokativen Charakters;
 - tägliche Meldungen 08.00 Uhr mit Stand 06.00 Uhr über die Gesamtlage im Verantwortungsbereich der Stadt LEIPZIG schriftlich.
8. Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und hat Gültigkeit bis auf Widerruf.

Berlin, den 13. 10. 1989


E. Honecker

Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR

Dr. NS. B.

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

NATIONALER VERTEIDIGUNGSRAT
DER VORSITZENDE

B E F E H L Nr.: 11 / 89

des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

über

Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung
in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik

vom 03 . 11. 1989

Im Zusammenhang mit der weiterbestehenden komplizierten sicherheitspolitischen Lage und zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik sind auf der Grundlage

- meiner Ausführungen auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED und vor den Abgeordneten der Volkskammer der DDR sowie
- der Ergebnisse der Beratung mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED vom 27. 10. 1989

die erforderlichen politisch-ideologischen, führungsmäßigen und organisatorisch-technischen Maßnahmen einzuleiten, um jederzeit und kurzfristig der sicherheitspolitischen Lage in den Bezirken der DDR allseitig Rechnung tragen zu können.

Zur Erfüllung dieser Aufgabenstellung

B E F E H L E I C H :

1. Auf der Grundlage des Statuts der Einsatzleitungen der Deutschen Demokratischen Republik haben
 - die Bezirkseinsatzleitungen und
 - die Kreiseinsatzleitungen

mit sofortiger Wirkung

die erhöhte Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten herzustellen.

2. Die Arbeitsorgane der Vorsitzenden und die Führungsorgane der Mitglieder der Einsatzleitungen sind weiterhin ständig durch leitende Kader zu besetzen.

Die bisher gesammelten Erfahrungen sind in den Einsatzleitungen durch die jeweiligen Vorsitzenden gründlich auszuwerten und in der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.

3. Die politisch-ideologische Arbeit ist darauf zu konzentrieren, bei allen Kommunisten feste politische Standpunkte herauszubilden und die kämpferische Haltung unserer Genossen auszuprägen mit dem Ziel, unsere Partei wieder in die politische und ideologische Offensive zu führen. Der begonnene, offene und freimütige Dialog ist auf allen Ebenen weiterzuführen. Dabei ist zu sichern, daß durch sachliche und offensive Diskussionen unserer Genossen sozialismusfeindlichen Auffassungen entschieden entgegengewirkt wird.

4. Die Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen und die Vorsitzenden der Kreiseinsatzleitungen haben alle für ein offensives Reagieren auf provokatorische Aktionen vorzusehenden Handlungen vorausschauend abzustimmen und ein ununterbrochenes enges Zusammenwirken zu sichern.

Dabei sind die politische Lage in den Territorien unablässig zu analysieren sowie die erforderlichen politisch-ideologischen und politisch-operativen Maßnahmen zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit festzulegen.

5. Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel gegenüber Demonstranten erfolgt nur bei Gewaltanwendung gegen eingesetzte Sicherheitskräfte bzw. Objekte auf Befehl der Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen.

6. Durch die Bezirkseinsatzleitungen der Grenzbezirke sind die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen, damit Demonstranten nicht in das Grenzgebiet eindringen.

Im Falle eines solchen Eindringens sind die Demonstranten durch Anwendung körperlicher Gewalt und geeigneter Mittel daran zu hindern, daß es zu Grenzdurchbrüchen kommt.

In besonders gefährdeten Abschnitten sind zusätzlich zu den eingesetzten Grenzposten Diensthundeführer einzusetzen.

7. Die Anwendung der Schußwaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.

8. Meldungen an den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates sind zu erstatten:

- bei Gefährdung der staatlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung und Sicherheit
- bei schwerwiegenden besonderen Vorkommnissen bzw. Zusammenstößen.

9. Kurzgefaßte Lageinformationen sind durch den

- Vorsitzenden des Ministerrates
- Minister für Nationale Verteidigung
- Minister für Staatssicherheit
- Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei sowie durch das
- Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genossen Horst D o h l u s ,

an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates täglich bis 08.00 Uhr mit Stand 02.00 Uhr vorzulegen.

10. Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und hat Gültigkeit bis auf Widerruf.
11. Die Befehle Nr. 8/89 und 9/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR werden aufgehoben.

Berlin, den 03. 11. 1989



Egon Krenz

Generalsekretär des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands und Vorsitzender des
Nationalen Verteidigungsrates der
Deutschen Demokratischen Republik

Am, 3. 11.

Ag 117/II-1/191/89

Sig. 08 04 0841 Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation Fachinformationsstelle